

Wer Wind sät...

Aggressive Stimmung prägte das Bild auf der Versammlung aller Hamburger Personalräte des Öffentlichen Diensts

So etwas hatte es lange nicht gegeben. Sie strömten ins Curiohaus. Einige Hundert Personalräte waren am 7. September dem Aufruf der Gewerkschaften gefolgt, ihren Protest gegen die Kürzung der Besoldung – umgangssprachlich Streichung bzw. Kürzung des Weihnachtsgeldes kundzutun. Dass in diesem Fall auch der Deutsche Beamtenbund sich dem Protest anschloss, unterstreicht die Brisanz. Alle waren sich einig: diese Sparmaßnahmen sind unverschämmt und ungerecht! Die Stimmung war aggressiv und kämpferisch. Dies sei ein Willkürakt des Senats, so die einhellige Meinung. Die Beschäftigten machen 2½ % der Bevölkerung aus, sollen aber 20 % des gesamten Sparvolumens tragen. Schräg sei dies, aber schräg sei vor allem, dass der Senat sein noch im Frühjahr abgegebenes Versprechen, kein Sonderopfer bei den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes abzufordern, gebrochen habe.

Die Anwesenden wurden da-

rüber aufgeklärt, dass es sich beim Weihnachtsgeld um keine Sonderzahlung handle, sondern dies Teil des Einkommens sei.

dass man diesen unverschämten Griff in die Tasche nicht hinnehmen wird. Ein heißer Herbst wurde angekündigt! JG



Versammlung aller Personalräte im Hamburger Öffentlichen Dienst – Was machen die mit uns?!

1950 (!) hätten die Beschäftigten des Öffentlichen Diensts auf 7% ihrer monatlichen Bezüge zugunsten des Weihnachtsgeldes verzichtet. Man war sich einig,

30.9.: Menschenkette als ‚Warming up‘ (s. Rückseite)

4.11.: Versammlung aller Beschäftigten in der Alsterdorfer Sporthalle



Resolution aller Hamburger Personalräte am 7.9.2010 (Auszug)

Die Sonderzahlung der Beamtinnen und Beamten ist kein Weihnachtsgeschenk des Senats, sondern ein ganz normaler Einkommensbestandteil und steht nicht zum Ausgleich von Haushaltslücken zur Verfügung.

Das Beamtenrecht begründet ein öffentlich-rechtliches Dienst- und Treueverhältnis für hoheitliche Aufgaben. Haushaltssanierung durch willkürliche Besoldungskürzungen ist ein eklatanter Missbrauch des Beamtenrechts. (...)

Der Bürgermeister hat in der Bürgerschaft ein brutales Kürzungsprogramm von jährlich über 500 Millionen Euro angekündigt: Den Beamten die Sonderzahlung kürzen, in großem Ausmaß Stellen streichen, tief in die öffentlichen Dienstleistungen hinein schneiden und gleichzeitig die Vermögen und die Spitzeinkommen schonen – das werden wir uns nicht gefallen lassen.

Die Schulpersonalrätekonferenz der GEW hat am 7. September 2010 folgende Resolution an die Fraktionen in der Hamburger Bürgerschaft beschlossen:

Die Einführung der Primarschule ist durch den Volksentscheid vom 18. Juli 2010 verhindert worden. Viele geplante und in Angriff genommene Veränderungen müssen deshalb rückgängig gemacht werden. Andere Bestandteile der Schulreform bleiben erhalten und werden umgesetzt.

Die Personalrätekonferenz vom 7. September 2010 fordert Senat und Bildungsbehörde auf, den Erfolg der geplanten Reformmaßnahmen nicht von vornherein durch unverantwortliche Sparmaßnahmen unmöglich zu machen.

Dazu gehört vor allem:

Die eingeplanten Haushaltsmittel für die Frequenzsenkungen auch in den Klassen 5 und 6 müssen in vollem Umfang erhalten bleiben.

Auch wenn diese Klassen nun an Stadtteilschulen und Gymnasien eingerichtet werden, bleibt die pädagogische Notwendigkeit der Frequenzsenkungen vollständig erhalten. Gerade wenn Wert auf die individuelle Förderung gelegt wird, um Abschlüssen und Sitzenbleiben zu vermeiden, brauchen wir eine bessere Versorgung. Den Schulen müssen die dafür nötigen Stellen zur Verfügung gestellt werden, um diese Ziele durch Frequenzsenkungen, Teilungsunterricht oder Förderstunden zu erreichen.

Die sonderpädagogische Förderung an den Grund- und Stadtteilschulen sowie an den Gymnasien und beruflichen Schulen darf nicht zum Sparmodell werden.

Jede Schule muss zumindest die gleichen Ressourcen erhalten, wie sie zuvor an den Sonderschulen oder den Integrationsklassen vorhanden waren.

Die Umsetzung der UN-Konvention im neuen Schulgesetz ist richtig und überfällig. Die inklusive Bildung aller Kinder an den Schulen ist gebunden an



Resolution gegen das Spardiktat des Senats einstimmig angenommen

die Möglichkeit, den besonderen Bedingungen der Kinder mit Förderbedarf an allen Schulen gerecht zu werden.

Alle zugesagten Ausstattungen, vor allem die Klassenfrequenzsenkungen und die Verbesserung der Arbeitszeitfaktoren in bestimmten Klassenstufen und Schularten, die Altersermäßigung, die Teamstunden und die Wegezeitregelungen bei Pendlern, müssen in vollem Umfang erhalten bleiben.



Garstige Stimmung – Mitglieder des Gesamtpersonalrats im Rathaus – kein Kahlschlag!

Fotos: hlz